

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bestandteile für den Monat (mit Haus 2 RM, halbmöndlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-U. / Geschäftsstelle und Expedition: Kaulbachstr. 2 / Fernsprechnummer 17259 / Postfach Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel-Str. 1 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer am Sonntag und Feiertagen / In Fällen höherer Einschätzung, Dresden-U. Oberbahnhofsstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschluß: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstage: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstags)

3. Jahrgang Montag, den 14. Februar 1927 Nummer 37

## Vor der Abwürgung des Metallarbeiterkampfes?

### „Hochverräter“

Ein sozialdemokratisches Gesülter

Dresden, 15. Februar 1927.

Die SPD-Presse brachte am Sonnabend einen Aufsatz, in dem sie sich auf eine, ihr wahrscheinlich als besonders trag verkommene Art mit der Abrechnung der Kommunisten mit dem Herrn von Reubell beschäftigt. Die Kommunisten haben den Reichsinnenminister, den Förderer des Kapp-Putsches, den Herbernswater und Ausbittungsassistenten der Arbeiter und Oumpier, mit den Ruf „Hochverräter, Hochverräter!“ empfangen. Die sozialdemokratischen Zeitungen erklären, daß das ein sehr berechtigter Ruf gewesen ist. Die Kommunisten haben recht, Reubell sei ein Hochverräter, er liehe der Schwarzrotgoldenen Republik feindlich gegenüber. Aber — so erklären dann diese Zeitungen — die Kommunisten seien doch im Grunde dasselbe, auch sie stehen dieser Republik feindlich gegenüber.

Durch den Empfang, den sie v. Reubell entgegengebracht, haben sie aber gezeigt, daß viele von ihnen doch der Republik feindlich sind, daß sie zu den Arbeitern gehören, jedoch eine falsche bolschewistische Unterstellung werde das als widerwärtige Abwechslung bezeichnen müssen. Beweisen ist aber durch die „Hochverräter“-Rufe, daß die sozialdemokratischen Anschauungen richtig seien, daß die Kämpfe der Kommunisten gegen die Hindenburg-Republik — Tiraden gegen die Republik nennt sie der Verfasser des SPD-Artikels — verlogen seien. Es zeige sich, die Kommunisten seien „unabhängige Sozialdemokraten“. Also die SPD-Volksfront ist richtig, so lautet ins Kurze überlegt der Text des SPD-Artikels, auch die Kommunisten müssen das anerkennen, jedoch sie wollen nur wilder, radikaler erscheinen. Damit ist aber nichts zu gewinnen, deswegen, Arbeiter, steht bei der SPD. Die Kommunisten rechtfertigen die Stellung der SPD zur Republik.

Welchen Zweck soll nun dieser Artikel haben? Keinen anderen, als die reformistische Haltung der SPD zu verteidigen und eine Plattform für die Fortführung der reformistischen Politik zu geben. Der Artikel zeigt aber uns erstens die vollständige Verumpfung der SPD, ihre Loslösung vom Marxismus und Klassenkampf und ihre kleinbürgerliche Ideologie. Der Artikelschreiber will oder versteht einfach nicht den Gesamtanwischen dem kommunistischen Kampf gegen die kapitalistische Republik und dem Kampf der Revolution zu erkennen. Wir müssen annehmen, daß er diesen Unterschied bewußt vermischt, Maßnahmen, die von der politischen Absicht und Wirkung betrachtet, eine ganz andere Bedeutung haben, betrachtet der Artikelschreiber von dem Standpunkt des Hochverratsparagrafen des Bürgerlichen Strafgesetzbuches. An die Stelle der marxistischen Lehren, der revolutionären Theorien steht der SPD-Artikel das Strafrechtbuch um den jahrelangen Verrat an der Arbeiterklasse zu rechtfertigen. Das ist der Sinn des Artikels, der Bankrott der Koalitionspolitik soll verteidigt werden, es fehlt dazu aber an Handhaben, der Bankrott der Koalition ist zu deutlich sichtbar in die Augen zu sehen. Die sozialdemokratischen Scharlatane haben keine Möglichkeit zur Rechtfertigung ihrer Politik, sie haben die Plattform des Marxismus verlassen, sie können gegen den Marxismus nur den Bankrott erleben. Zahlreich haben die Arbeiter erzählt, daß sie mit der Koalitionspolitik die Macht erobert werden. Jetzt enthüllen sich ihre Reden als eine Irreführung der Arbeiterklasse. Die falsche Koalition wie sie sind, greifen sie zur Sophistik, um ihren Bankrott zu verkleinern und die Arbeiter zur Stange zu halten. Jedoch das Lehrbuch, das ihnen geblieben, aus dem sie ihre Weisheit schöpfen, das ist das — Strafrechtbuch. Wir glauben nicht, daß die Arbeiter dieses Gesetzbuch als das Lehrbuch ihres Freiheitskampfes anerkennen werden, im Gegenteil, der Rückzug des Artikelschreibers auf die Lehren des Strafrechtbuchs wird nur dazu beitragen, die Arbeiter im breiteren Umfange wie bisher die Augen vor den wahren Charakter und das Wesen der SPD zu öffnen. Die Feststellung, daß der Artikelschreiber als Plattform seiner Ausführungen einen Strafrechtbuchparagrafen benutzt, machte es schon überflüssig, weiter auf seinen Sermon einzugehen. Jedoch wir wollen ihm nichts schenken. Wir sind Gegner der schwarzrotgoldenen Kapitalistenrepublik, selbstverständlich; wir wollen die Republik der Arbeiter und Bauern. Die Republik, in der die Kapitalisten ausgeschaltet sind von den Rechten, von der Führung der Politik, wo ihre großen Besitzungen beibehalten und der Allgemeinheit zugeführt sind. Wir wollen alle Mittel benutzen, die auf dem Wege zu diesem Ziele liegen. Den Kampf um die höheren Löhne und die kürzere Arbeitszeit, gegen die hohen Mieten und unerträglichen Steuern, wie die Erhebung der Massen. Wir kämpfen für

## Die Einführung der 53-Stundenwoche

Antwortet mit verschärftem Kampf

Am Sonnabend fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen über den Konflikt in der Leipziger Metallindustrie statt. Den Vorsitz führte der berüchtigte Schlichter, Oberregierungsrat Brandt. Die Verhandlungen haben bis in die späten Abendstunden gedauert, dann hatten die Vertreter der Unternehmer und die Gewerkschaftsdelegierten die Formulierung gefunden, mit denen sie glauben, den Arbeiter die Verlegung des Kampfes vorschlagen zu können. Der Vorsitzende fällte folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche.
2. Die notwendige Ueberarbeit kann vom Unternehmer ohne Anhören der gesetzlichen Betriebsvertretung für täglich 1 Stunde angeordnet werden, jedoch nur für die Zeit vom Montag bis Freitag. Für diese Ueberstunden soll 10 Prozent Zuschlag gezahlt werden.

Das bedeutet, daß man zwar rhetorisch die 48-Stundenwoche anerkennt, in der Praxis jedoch die 53-Stundenwoche von den Unternehmern überall durchgesetzt werden kann. Jedoch auch darüber hinaus noch können die Unternehmer Ueberstunden arbeiten lassen, es soll

dann zwar eine Verständigung mit dem Betriebsrat herbeigeführt werden.

Auf Grund dieses Schiedspruches wird die Aussperrung für Sachsen bis Sonnabend ausgesetzt. Die Arbeiter sollen bis zum 16. dieses Monats 12 Uhr eine Erklärung über die Annahme des Schiedsspruches abgeben, andernfalls soll die Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium beantragt werden. Der Schiedsspruch hat bis zum 31. März 1928 Gültigkeit.

Dieser Schiedsspruch stellt die freche Verhöhnung der Arbeiter dar. Der Schlichter Brandt hat sich vollinhaltlich auf die Seite der Unternehmer, ja ist noch über deren erste Forderung, die Einführung der 52-Stundenwoche, hinausgegangen. Die Arbeiter sollen durch die Verbindlichkeitsklärung bis zum März nächsten Jahres an diese unendlich lange Arbeitszeit gebunden werden. Unternehmer und Behörden versuchen, hier einen entscheidenden Schlag gegen den Achtstundentag zu führen. Die gesamte Arbeiterchaft muß diesen Schiedsspruch mit Entrüstung zurückweisen. Die Metallarbeiter dürfen auf keinen Fall nachgeben. Der Kampf muß auf der ganzen Linie im Reichsmassestab aufgenommen werden. Metallarbeiter Sachsens! Wenn ihr heute und morgen die Entscheidung fällt, weist diesen frechen Angriff zurück, antwortet mit dem entscheidendsten Kampf für die 48stündige Arbeitswoche — ohne Ueberstunden und Ueberhichten! Die Sympathie der gesamten Arbeiterchaft wird diesen Kampf der Metallarbeiter unterstützen.

die Freiheit gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Wir kämpfen deswegen gegen einen Polizei- und Justizapparat, der diese Republik klassenmäßig gegen die Arbeiterklasse schützt.

Was wollten Kapp und Reubell? Sie wollten die Diktatur über die Masse der arbeitenden Bevölkerung, den Arbeitermord und schonungslos Ausbeutung. Nur Höflichkeit oder Bosheit kann diese beiden Bewegungen in Parallele stellen. Nur ein eifriger und rücksichtsloser Befechter der kapitalistischen Republik kann durch die Paragrafenbrille hier einen Zusammenhang feststellen. Aber bei der SPD ist die Voraussetzung für eine solche Beurteilung gegeben. Sie will die Erhaltung der jetzigen Republik. Sie verhindert jeden Kampf, der den kapitalistischen Aufbau zu stören vermöchte, sie stand schützend vor dem Kapital. Das einzige, was die Sozialdemokratie als Ertragsfähigkeit verlangte, das waren ein paar Ministerstühle. Dafür täuschte sie die Arbeiter, zerbrach sie deren Kampfwillen, dühende Male war die SPD die Partei zur Rettung der Oberen der Hindenburg-Republik.

Die SPD steht weiter auf dem Boden dieser Republik, der Jörn der SPD ist nur dadurch einfach, daß sie jetzt aus der Regierung ausgeschaltet ist. Aber die Bourgeoisie hat im Innern noch gegen eine andere Oppositionsfront zu kämpfen, gegen die Deutschnationalen, die gegen die Außenpolitik meuterten. Die Bourgeoisie will die innere und die außenpolitische Opposition binden, will alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten auf einem Boden vereinigen. Deswegen spielt sie mit wechselnden Rollen und geht einmal mit den Deutschnationalen, einmal mit den Sozialdemokraten, darauf wartend, damit ihr Ziel zu erreichen, die große Volksgemeinschaft. Darauf wartet aber auch die Führerschaft der SPD. Das ist die andere Seite der Heuchelei des SPD-Artikels. Zwischen der SPD und Reubell stehen ein paar verlogene Oppositionsreden, zwischen Reubell und den Kommunisten stehen Barrikaden.

Ueber unsere Stellung zur Republik haben wir oft genug geschrieben. Wir verteidigen die Republik selbstverständlich gegen die Monarchisten, wir werden aber immer darauf hinweisen und daran arbeiten, daß jede Gelegenheit benutzt werden muß, um sie zu einem endgültigen Sieg umzugestalten. Die Aufgabe des Proletariats muß es sein, den demokratischen Umsturz zu Ende zu führen. Selbst an dieser Aufgabe haben die Sozialdemokraten das Proletariat gehindert, siehe Justiz, Reichswehr usw. Dann aber ist es die Aufgabe des Proletariats, den sozialistischen Umsturz zu vollziehen. Bei dieser Aufgabe stehen die SPD-Führer dem Proletariat als Feinde gegenüber.

Die SPD hat das Proletariat gehindert, soviel wie möglich zu erobern, damit ihm um so weniger genommen werde.

Der Artikel in der SPD-Zeitung schlägt also auf die SPD zurück. Er beweist nichts gegen die Kommunisten, sondern nur, daß die Sozialdemokraten als treue Staatsdiener ihre Lehren gegen die Revolution mit dem Strafrechtbuch verteidigen.

Auf die Ausführungen über die Sowjetgranaten und die dort hervortretende unfürliche Bemischung gehen wir hier nicht ein, da wir dies schon in mehreren Artikeln gemacht haben.

### Klassenurteil gegen Frontkämpfer

Düsseldorf, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Vorabend des Volksentscheids zur Fürstenerntelegung, am 19. Juni, kam es in Ratingen zu einem Zusammenstoß zwischen dem KZV und schwerbewaffneten Stahlhelmen und Blomarschützern, die mit gewalttätiger Behinderung gedroht hatten. In dem jetzt festgestellten Prozeß wurden 16 KZV-Kameraden zu 50 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär Dewald, hat im Auftrag der Reichsregierung dem polnischen Bevollmächtigten eine Note zugestellt, in der unter Hinweis auf die vor einigen Tagen erfolgten Anweisungen deutscher Staatsangehöriger aus Oberschlesien eine vorläufige Aussetzung der in Berlin geführten Handelsvertragsverhandlungen mitgeteilt wird. In der Zwischenzeit sollen die Verhandlungen über das Niederlassungsrecht deutscher Staatsangehöriger in Polen geseändert weitergeführt werden.

Die deutsch-polnische Spannung, die in dem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen ihren Ausdruck findet, ist nur zum Teil auf wirtschaftliche Gegensätze zurückzuführen. Die Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag dauern bekanntlich bereits länger als zwei Jahre. Mit dem Abkommen, das im Juni 1925 abgeschlossen ist, vertor Polen den ihm vorher geschiedenen polnischen Absatzmarkt für 1.100.000 Tonne Kohle. Die durch den Bergarbeiterstreik in England geschaffene Konjunktur nahm vorübergehend der deutschen Touristen die Möglichkeit, die Schwierigkeiten Polens auf wirtschaftlichem Gebiet auszunutzen, um politische Konzessionen einzuhandeln. Die in verstärktem Maße wieder auflebende internationale Kohlenkonkurrenz führte wiederum zu einer Verschärfung des deutsch-polnischen Zollkrieges, die jetzt in dem Abbruch der Verhandlungen ihren Höhepunkt erreicht hat. Die polnischen Ausweisungen — nach polnischer Darstellung nur eine Maßnahmenfolge von einigen seitlich beschränkten Aufenthaltserlaubnissen — boten der Völkerverdrängung einen willkommenen Anlaß, um den Bruch herbeizuführen. Der neudeutsche Imperialismus will damit einen Druck auf Polen ausüben, um schließlich doch eine Verbindung der Handelsvertragsverhandlungen mit den Korridorfragen zum Zwecke eines Tauschgeschäftes durchzuführen.

Im Hinblick auf die Verluste Englands, einen deutsch-polnischen Ausbruch herbeizuführen, um die Front gegen die Sowjetunion zu befestigen, bedeutet der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen ein vorläufiges Scheitern des englischen Wanders.

# Achtung Metallarbeiter!

Am Mittwoch, den 16. Februar abends 8 Uhr im Kaulbahof, Kaulbachstr., Fraktionsversammlung Tagesordnung: Der Metallarbeiterkampf in Sachsen